

GUTES KLIMA – SCHLECHTES KLIMA? UN-KLIMAKONFERENZ IN KOPENHAGEN

Statt eines verbindlichen Abkommens wurde am Ende der Klimakonferenz in Kopenhagen nur ein unverbindlicher Minimalkonsens erreicht – der „Copenhagen Accord“. Es gab weder verbindliche und global akzeptierte Reduktionsziele für Treibhausgase noch kam es zur Übereinkunft zu fairen Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft im Rahmen einer internationalen Klimapolitik.

Verantwortung für den Misserfolg von Kopenhagen tragen viele: Entwicklungs- und Schwellenländer trugen ihren Teil zum Scheitern bei. Ebenso setzte die innenpolitische Situation in den USA einen Rahmen, den chinesische Bedenken gegenüber Kontrolle und Verifizierung von Emissionsreduzierungen nochmals einschränkten. Bewusst haben die USA und China auf politischen Druck gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern verzichtet. Flankiert wird diese Einschätzung vom Ausfall der europäischen Verhandlungsstrategie. Als vermeintlicher Vorreiter hatte die EU sich von den konkreten Verhandlungen so stark isoliert, dass entscheidende Gespräche ohne EU-Beteiligung stattfanden.

WEGE UND IRRWEGE GLOBALER TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Im Vorfeld des High-Level-Segments mit Staats- und Regierungschefs diskutierten Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik die Positionen der deutschen Industrie unter dem Motto „Fostering Climate Protection – Sustainable Business Concepts for Tomorrow“.

Ulrich Grillo, Vorsitzender des Vorstandes der Grillo-Werke AG und Gründungsmitglied von „Metalle pro Klima“, stellte branchenspezifische Unternehmensstrategien zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen vor und vertrat als Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle auch Positionen der energieintensiven Industrien Deutschlands.

Das eindeutige Bekenntnis der Industrie zum Klimaschutz bildete die Grundlage für den Dialog. Während die Industrie ihre Positionen frühzeitig darstellte und mit der Forderung nach fairen internationalen Wettbewerbsbedingungen, einem rechtsverbindlichen Abkommen und verlässlichem Schutz geistigen Eigentums authentisch auftrat, sollte die Kritik an den unkonditionierten Vorleistungen der Politik traurige Realität erlangen.

INSELLÖSUNGEN ENTFALTEN KEINE POSITIVE WIRKUNG

Aber auch aus Sicht der energieintensiven Industrien in Europa bedeutet das unbefriedigende Ergebnis von Kopenhagen einen schmerzlichen Zeitverlust. Ein Nachfolgeabkommen für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Abkommen ist zwar kein Selbstzweck, internationale Ziele und Instrumente müssen jedoch die Klammer um einzelstaatliche und europäische Anstrengungen beim notwendigen Klimaschutz bilden. Insellösungen wie ein europäischer Emissionshandel entfalten keine positive Wirkung bei globalen CO₂-Emissionen. Das wird am deutlichsten, wenn man sich den Anstieg der globalen CO₂-Emissionen seit 1990 um mehr als 24 Prozent vergegenwärtigt. Entgegen der Ziele des Kyoto-Abkommens werden also stetig mehr Treibhausgase in die Atmosphäre geleitet.

Deutschland hat dabei als eines der wenigen Länder seine Treibhausgasemissionen seit 1990 senken können und die Vorgaben des Kyoto-Protokolls übererfüllt. Ein Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012 ohne ein völkerrechtlich verbindliches

„... den Klimawandel im Einklang mit dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten bekämpfen“

Auszug aus Artikel 1, Kopenhagener Vereinbarung / Copenhagen Accord

„Es nützt nichts, wenn alle in einem Boot sitzen, es müssen auch alle gemeinsam rudern.“

Hans-Peter Keitel, BDI-Präsident

Nachfolgeabkommen birgt die Gefahr, dass bewährte Instrumente wie Clean Development Mechanism (CDM) nicht fortgeführt werden. Die negativen Folgen für das ab 2013 mit seiner dritten Handelsperiode beginnende Europäische Emissionshandelssystem (ETS) könnten zu weiteren Verwerfungen führen.

Ein Instrument, das zu globalen Erfolgen führt, den Technologieexport fördert und die Wachstumsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht abbremsen, sind CDM-Zertifikate. Industrieländer können damit Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in einem Entwicklungsland durchführen und sich die dort eingesparten Emissionen auf das eigene Emissionsbudget anrechnen lassen.

REDUKTIONSZIELE DER INDUSTRIE- UND SCHWELLENLÄNDER: MEHR ALS EINE PROTOKOLLNOTIZ?

Aber auch wenn die Vereinten Nationen das Ziel aus der Bali-Roadmap von 2007 verfehlen, eine völkerrechtlich verbindliche Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden und das oft im Vorfeld der Konferenz in Kopenhagen genannte Ziel einer Selbstverpflichtung zur Halbierung des globalen Kohlendioxid-Ausstoßes bis zum Jahr 2050 nicht erreicht wurde, auf der Habenseite des Copen Accord sind Inhalte zu verzeichnen, die ein gewisses Eigenleben entwickeln werden.

Die politische Verpflichtung zur Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius ist ein wichtiger politischer Fortschritt. Die dafür nötigen „tiefen Einschnitte bei den Emissionen“, also verbindliche Ziele zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen, gibt es aber nicht. Stattdessen sollen die Industriestaaten ihre jeweiligen Reduktionsziele bis zum Jahr 2020 zu Protokoll geben. Die Einhaltung dieser Selbstverpflichtungen soll ebenso wie die finanzielle Unterstützung von armen Ländern den Richtlinien der Vertragsstaatenkonferenz entsprechend international überwacht werden. Insgesamt haben 75 Industrie- und Schwellenländer ihre Reduktionsziele gemeldet, dabei aber unterschiedliche Referenzjahre verwendet. Dies ist ein zaghafter Anfang, aber noch lange kein beachtlicher Einstieg. Alle zwei Jahre werden diese Eintragungen beim Bonner Sekretariat des United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) aktualisiert. Für diese Maßnahmen – zu denen ausdrücklich auch der Schutz der Wälder gehört – und für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in armen

Ländern stehen im Zeitraum 2010 bis 2012 insgesamt 30 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, 2020 sollen die Transferleistungen 100 Milliarden US-Dollar betragen.

EINBINDUNG EUROPÄISCHER ZIELE IN GLOBALE MASSNAHMEN

Vor der nächsten COP 16 (16th Conference of Parties) der Kyoto-Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2010 in Cancún, Mexiko, wird es im Sommer in Bonn sowohl eine informelle Umweltministerkonferenz als auch Vorverhandlungen des UNFCCC geben. Ob die EU und die Bundesregierung wieder mit einer Vorreiter-Strategie starten wollen, ist derzeit unklar. Möglicherweise werden europäische Selbstverpflichtungen stärker an globale Maßnahmen gebunden oder der Abstand der europäischen Vorreiterposition zu anderen Reduktionszielen verringert.

Die Verhandlungsführer durch Beispiele des wissens- und technologiebasierten Klimaschutzes der Industrien von der Notwendigkeit industrieller Problemlösungskompetenz zu überzeugen, ist ein Anspruch, dem sich die Nichteisen(NE)-Metallindustrie mit der Initiative „Metalle pro Klima“ weiter verpflichtet sieht. Internationale Klimapolitik bietet Chancen und Risiken, die es zu erkennen und auszubalancieren gilt.

Dabei wird es immer mehr zur Herausforderung, die Produktion von klimaschonenden NE-Metallen und deren Verarbeitung am Standort Europa zu gewährleisten und damit auch Innovationskraft und Wertschöpfungsketten in und für Europa zu sichern.

AUS DER ARBEIT DER WVM

SCHLÜSSELTHEMEN:

Internationale Klimapolitik, Klimaschutzinitiative „Metalle pro Klima“

ANSPRECHPARTNER:

Stephan von Hundelshausen und Dr. Michael Niese

Metalle pro Klima in der
Wirtschaftsvereinigung Metalle
Wallstraße 58/59
10179 Berlin

E-Mail: hundelshausen@metalleproklima.de

Telefon: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 1 02

Telefax: +49 (0) 30 / 72 62 07 - 1 98